

Bücherei Esslingen

Keine Sicherheit beim Büchereibau

Von Kai Holoch

22. März 2018 Viele Fragen sind am Mittwoch zur geplanten neuen Bücherei in Esslingen gestellt worden. Die wichtigste lässt sich aber wohl gar nicht rechtzeitig beantworten.

Bei der Diskussion über den geeigneten Standort für die Esslinger Stadtbücherei stecken die Akteure in einem Dilemma. Das hat die gemeinsame Sitzung des Verwaltungs-, Kultur- und Technischen Ausschusses am Mittwoch, die hinter verschlossenen Türen stattfand, gezeigt. Denn bevor sich die Stadträte entweder für einen Neubau an der Küferstraße oder für die Sanierung und Erweiterung der bestehenden Bücherei in der Heugasse entscheiden, wollen sie Sicherheit.



Der Denkmalschutz ist das große Problem

Doch diese Sicherheit werden sie aller Voraussicht nach nicht bis zum geplanten Standort-Grundsatzbeschluss am 18. Juni bekommen, Denn bei beiden Varianten spielt der Denkmalschutz eine erhebliche Rolle: Beim Bestandsgebäude Heugasse 9, dem Bebenhäuser Pflerhof, und der Erweiterungsoption in der Heugasse 11 handelt es sich um eingetragene Kulturdenkmale, beim für einen Neubau an der Küferstraße notwendigen Abriss des Gebäudes Kupfergasse 6 um ein „erhaltenswertes“ Gebäude.

Zwar ist die Verwaltungsspitze optimistisch, dass der Denkmalschutz letztlich eher einem Abriss in der Kupfergasse als dem Komplettumbau der Heugasse zustimmen könnte, weil die denkmalschützerischen Kriterien bei erhaltenswerten Gebäude deutlich dehnbarer seien als bei eingetragenen Kulturdenkmälern. Aber eine endgültige Sicherheit werde man erst in einem formalen Bebauungsplanverfahren bekommen, das erst nach dem Grundsatzbeschluss in Gang gesetzt werden könne.

CDU und Grüne plädieren für einen Neubau

Das wollen manche Stadträte aber so nicht akzeptieren. Während die CDU und die Grünen dem Vernehmen nach kein Problem hätten, sich auch unter den vorliegenden Umständen für einen Neubau zu entscheiden, wird der SPD-Fraktionschef Andreas Koch deutlich: „Für uns muss vor einer Entscheidung hinlänglich klar sein, was am einen und am andern potenziellen Standort nicht zuletzt unter dem Aspekt des Denkmalschutzes wirklich möglich ist und was nicht. Das Risiko, eine einmal gefallene Standortentscheidung revidieren zu müssen, weil man von ungesicherten oder gar falschen Voraussetzungen ausgegangen ist, sollten wir nicht eingehen.“

Da am Mittwoch zahlreiche weitere Detailfragen gestellt worden sind, die Entscheidung aber tatsächlich noch vor der Sommerpause getroffen werden soll, um das Thema nicht bis in den Kommunalwahlkampf zu ziehen, haben die Teilnehmer vereinbart, zwei weitere nichtöffentliche Sitzungen in dieser Zusammensetzung einzuschieben. Dann sollen möglichst viele der aufgetauchten Probleme abgearbeitet werden. Die Verwaltung hat zugesagt, im Vorfeld der Sitzungen die nun gestellten Fragen schriftlich zu beantworten.